

Peter Singer

Vortrag „Dialogtagung Kohle“ Aachen 17.3.2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst einmal möchte ich mich für die Einladung recht herzlich bedanken.

Es ist nicht selbstverständlich, dass ich in meiner Funktion als Fraktionsvorsitzender der Linken im Regionalrat Köln, zu solch einer Veranstaltung, eingeladen werde.

Ich stelle mich zuerst einmal vor.

Mein Name ist Peter Singer, 62 Jahre alt, verheiratet, eine Tochter, wohnhaft und aufgewachsen im Herzen des Rheinischen Braunkohlereviers. Hier sozialisiert und politisiert, und seit frühester Jugend links.

Von Beruf bin ich ursprünglich Verwaltungswirt.

Ich bin Fraktionsvorsitzender der Linken im Regionalrat Köln und Mitglied im Braunkohlenausschuss im Rheinischen Revier.

Zwei kurze Sätze zu diesen Gremien, die einer breiten Öffentlichkeit kaum bekannt sein dürften:

Der Regionalrat kann –vereinfacht- als politisches Gremium, angesiedelt bei der Bezirksregierung Köln, zuständig für den Regierungsbezirk Köln, also auch Aachen, verstanden werden.

Seine Hauptaufgabe ist die Aufstellung bzw. Anpassung von Regionalplänen. Dies bedeutet, er ist zuständig für eine überregionale Raumplanung oder anders ausgedrückt für eine überregionale Flächennutzungsplanung.

Für das heutige Thema ist es z.B. wichtig zu wissen, dass der Regionalrat die planerischen Grundlagen für den Bau neuer Kohlekraftwerke (Beispiel geplanter Neubau des RWE BoAPlus-Kraftwerkes in Bergheim Niederaußem) schafft.

Der Braunkohlenausschuss befasst sich ausschließlich mit den Tagebauen im Rheinischen Revier. Er beschließt den sogenannten Braunkohleplan. Aktuell befasst er sich mit der Änderung des Braunkohlenplanes für Garzweiler, die durch die Leitentscheidung der alten NRW-Landesregierung notwendig geworden ist. Dazu später mehr.

Ich bin gebeten worden, hier über die notwendige sozial-ökologische Wende, die durch das unvermeidliche Ende des Braunkohlenabbaues im Rheinischen Revier notwendig wird, zu sprechen.

Die internationale Bedeutung des Kohleausstiegs wird hier von weitaus kompetenteren Referenten beleuchtet. Um hier jedoch jeglichem Missverständnis vorzubeugen.

Ausstieg aus der Kohle im Rheinland, Ausstieg aus der Kohle in Deutschland, kann und darf niemals den Import von Kohle bedeuten. Weg von fossiler Energie in Deutschland und Europa heißt weg von fossiler Energie auf der ganzen Welt.

Ich möchte nun einen Überblick darüber geben, über was wir eigentlich im Rheinischen Revier reden, wenn wir von der Braunkohle sprechen.

Keine Angst, der geschichtliche Abriss fängt nicht bei der Frage an, wie Kohle entstand.

Erste kleine Kohlengruben gab es im späten 17. Jahrhundert, zuerst noch zur Farbherstellung

Ab dem 19. Jahrhundert wurde der Kohleabbau zunehmend industrialisiert, kleine Gruben verschwanden, immer größere Gruben entstanden in Brühl, Liblar, Hürth, Frechen, Bergheim usw. Die letzten „kleinen“ Großtagebaue liefen Ende der 80er, Anfang der 90er aus.

Die Entwicklung ging vom Abbau mit der Schaufel, über Eimerbagger bis zu Großgeräten, wie wir sie heute kennen.

Auch Anfänge der bis in die 1970iger Jahre reichenden wichtigen Produktion von Briketts als Hausbrand fallen in diese Zeit. Im Revier standen bis in die 70iger Jahre hinein überall Brikettfabriken, in Frechen alleine 4 Stück.

Hier konnte man zur Hochzeit der Brikettfabrikation keine Wäsche zum Trocknen aufhängen, die war in kürzester Zeit schwarz vor Kohlenstaub.

Ende des 19. Jahrhunderts begann man erstmalig mit der Verstromung von Braunkohle.

Zwischen den Weltkriegen stieg der Abbau von Kohle rasant auch als Kriegsvorbereitung durch die Nazis an. Die bis dahin noch weitgehend selbständigen Gruben bzw. Fabriken schlossen sich immer mehr zusammen bis der heute noch bekannte Konzern Rheinbraun und in Folge dessen auch RWE entstand.

Es gab dann im Zuge des Krieges die relativ erfolgreiche Produktion von Treibstoff aus Braunkohle. Wirtschaftlich eigentlich nicht tragbar, aber in der Zeit des Krieges für die Wehrmacht unabdingbar.

Nach dem Krieg war insbesondere erst einmal die Versorgung der Bevölkerung mit Brennmaterial die Hauptaufgabe.

Zunehmend ist dann die Verstromung der Braunkohle zum wichtigsten Wirtschaftszeug geworden.

Heute haben wir es mit 3 Großtagebauen (Garzweiler, Hambach und Inden) zu tun.

Hier werden jährlich ca. 100 Millionen t Braunkohle gefördert, in der Masse zur Stromproduktion.

Um Kohle zu fördern müssen Menschen, ja ganze Ortschaften umgesiedelt werden.

Die Umsiedlungsaktionen begannen in den 30ern des vorherigen Jahrhunderts. Bis heute sind ca. 40.000 Menschen umgesiedelt worden.

Ein wichtiger Aspekt: Das heutige geltende Bergrecht ist eine Erfindung der Nazis, um in großem Stil Umsiedlungen, die durch immer größer werdende Tagebaue erforderlich wurden, durchzusetzen. Es bedarf heute einer sogenannten Leitentscheidung durch unsere Landesregierung, die die energiepolitische Notwendigkeit der Braunkohleverstromung bescheinigt, um Umsiedlungen durchzuführen, im Zweifel im Rahmen einer Zwangsentziehung.

Aktuell haben wir vorletztes Jahr eine neue Leitentscheidung bekommen, noch von der rot/grünen Landesregierung. In der öffentlichen Wahrnehmung ist dabei die marginale Verkleinerung des Tagebaues Garzweiler hängen geblieben. Das mit dieser Leitentscheidung jedoch der Tagebau Inden bis 2030 (dann ist er allerdings ausgekohlt) und die Tagebaue Hambach und Garzweiler bis 2045 und

darüber hinaus festgeschrieben worden sind, wird gerne unter den Tisch fallen gelassen. Die neue schwarz/gelbe Landesregierung rüttelt an dieser Leitentscheidung nach eigenem Bekunden nicht.

Heute haben wir es -wie gesagt- mit drei Tagebauen sowie 3 Großkraftwerken, Neurath, Niederaußem und Weisweiler mit ca. 10.000 Megawatt Leistung zu tun.

Daneben gibt es noch verschiedene kleine Kraftwerke, in der Regel zur Eigenstromversorgung für die Tagebaue und Industrieanlagen von RWE.

Am Standort in meiner Heimatstadt Frechen werden noch in nennenswertem Umfang Briketts produziert.

RWE beschäftigt sich auch in zunehmendem Maße mit der stofflichen Nutzung der Braunkohle (z.B. Kunststoffproduktion). Hierzu müsste man ein gesondertes Referat halten, dazu fehlt jedoch die Zeit. Alternative Energiegewinnung spielt bei RWE nur eine verschwindend geringe Rolle (deutlich unter 5 % des Umsatzes und der wird zum größten Teil mit über 100 Jahre alten Wasserkraftwerken erzeugt).

Vielleicht ist dies hier im Saal nicht notwendig, gleichwohl möchte ich ein paar Sätze dazu verlieren, warum ein Kohleausstieg unbedingt auf der Tagesordnung steht.

Gerade im internationalen Maßstab muss hier Einiges gerade gerückt werden. In meinen Augen ist der unleugbare Klimawandel eben nicht nur ein rein technisches Umweltproblem. Er ist eine der zentralen ethisch-politischen Herausforderungen unserer Zeit. Der Klimawandel bedroht die Lebensgrundlage von Millionen. Er führt zu immer mehr Armut, mehr Flucht und in der Folge zu mehr Konflikten sowie der Zunahme nationalistischer Tendenzen in unseren Gesellschaften.

Und an eben diesem Klimawandel ist die Kohle einer der Hauptschuldigen.

Der Klimawandel ist ein Gerechtigkeitsproblem. Denn unter ihm leiden besonders die Regionen und Bevölkerungsgruppen, die am wenigsten Verantwortung dafür tragen. Der Klimawandel muss wirksam gebremst werden und zwar so, dass die Hauptverursacher die Hauptlast tragen.

Und einer der Hauptverursacher sitzt hier im Rheinischen Braunkohlenrevier. Und deshalb ist es unserer Aufgabe, hier für den Ausstieg zu sorgen.

Mein Thema ist das Rheinische Revier und insbesondere eine sozial-ökologische Wende bzw. der Ausstieg aus der Braunkohle in NRW.

Gerade als Linker habe ich hier ein besonderes Augenmerk auf die Komponente „sozial“.

Wenn man über eine sozial-ökologische Wende spricht, muss man zwangsläufig über Arbeitsplätze sprechen.

Vorweg ein paar Zahlen:

RWE selbst gibt die aktuelle Zahl der in der Kohle und der Kohleverstromung im Rheinischen Revier Beschäftigten mit 8000 Mitarbeitern an. Obwohl sich die Zahlen kaum seriös belegen lassen, gehe ich auch von den RWE eigenen Zahlen aus, was die indirekt betroffenen Arbeitsplätze betrifft.

Hier kann man mit viel „good will“ nochmals die gleiche Anzahl Beschäftigter hinzurechnen - ergäbe also ca. 16 000 Arbeitsplätze.

Wir haben uns als Linke im Rhein-Erft-Kreis, zentral im Revier gelegen, einmal die Mühe gemacht, aus einer Studie die für diesen Kreis maßgebende Zahl der vom Bergbau abhängigen Arbeitsplätze herauszufiltern und in Relation zur insgesamten Beschäftigtenzahl zu stellen.

Dies ergab folgendes Bild: es gibt dort 125.000 sozialabgabepflichtige Arbeitsplätze, davon ca. 6000 direkt oder indirekt in der fossilen Energieerzeugung. Konkret reden wir also über ca. 5% der Arbeitsplätze im Revier, die nach Beendigung der Tagebaue bzw. der Braunkohlenverstromung wegfallen würden. Nicht berücksichtigt sind dabei Arbeitsplätze, die unweigerlich noch für die Beseitigung der Folgeschäden des Bergbaues noch auf Jahrzehnte gebraucht werden.

Um dies alles in einen deutschlandweiten Geamtkontex zu stellen: Der Anteil der Beschäftigten in der Braunkohle an der Zahl der insgesamt sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene NRW im Promillebereich.

Im Vergleich zur Steinkohle haben wir es bei einem sozialverträglichen Ausstieg aus der Braunkohle mit einer relativ kleinen Herausforderung zu tun. Allein im Steinkohlenbergbau waren um das Jahr 2000 noch über 60 000 Bergleute tätig. In diesem Jahr wird die letzte Zeche geschlossen. 40% der Beschäftigten im Rheinischen Revier waren 2011 50 Jahre alt. Diese werden bis 2021 weitgehend sozialverträglich in Rente gehen.

Auch die ist also ein durchaus lösbares Problem. Übrigens, ein Teil der heutigen Braunkohlenarbeitsplätze werden auch ohne Tagebaue erhalten bleiben, weil sie zur Rekultivierung sowie zum geologischen und hydrologischen Management der sogenannten „Bergbaufolgelandschaften“ benötigt werden.

Ich bitte dies nicht miss zu verstehen. Natürlich ist dies immer noch eine hohe Zahl und hinter jedem Arbeitsplatz steht ein Mensch. Die Zahl ist hoch, aber auch nicht do hoch, wie uns die von der Kohlelobby vorgerechneten Horrorzahlen weismachen wollen. Nur denke ich, dass es durch eine vernünftige, zukunftsorientierte Politik hier zu einer Lösung kommen kann und muss. Denn das Ende der fossilen Energiegewinnung steht auf Grund des massiven Co2-Ausstosses unweigerlich fest. Man streitet eigentlich nur noch über das „wann“. Klar ist, es handelt sich um eine sterbende Industrie.

Ich meine, dass genau aus diesem Grunde der Strukturwandel schnellstens eingeleitet werden muss. Ich nehme die Ängste und Sorgen der bei RWE beschäftigten Kolleginnen und Kollegen ernst. Klimagerechtigkeit bedeutet auch, die Beschäftigten in der Branche nicht ihrem Schicksal zu überlassen

Genau genommen hat der Umbau ja schon begonnen. RWE hat in großem Stil in den letzten 20 Jahren Arbeitsplätze abgebaut, die Zahl halbiert.

Das hatte alles nichts mit Energiewende, Klimaschutz oder sozial-ökologischem Umbau zu tun, sondern diente alles nur der Rationalisierung und damit der Gewinnmaximierung.

Abertausende wurden in den vorzeitigen Ruhestand geschickt. Teilweise schon mit 51 Jahren. Bezahlt vom Stromkunden, bezahlt durch Steuergelder, bezahlt durch die Allgemeinheit über Arbeitslosengeld. Das ging alles geräuschlos über die Bühne. Und da soll der weitere Abbau ein Riesenproblem sein?

Wie bewerkstelligt man eine sozial-ökologische Wende?

Vorweg: Noch nie hat es für die Menschen und die betroffenen Regionen etwas Positives hervorgebracht, wenn man eine sterbende Industrie künstlich am Leben hält.

Auch den Kolleginnen und Kollegen von RWE darf man keine falschen Hoffnungen machen. Sie zahlen am Ende die Zeche, wenn das ganze Konstrukt aus ökonomischem Zwang zusammenbricht.

Die logische Schlussfolgerung ist: ein sofortiger Strukturwandel, was in meinen Augen nicht heißt, am Montag schalten wir die Kraftwerke ab.

Nicht durch das xte Logistikzentrum oder durch eine Seilbahn auf die Sophienhöhe oder ähnlichem Unfug erreicht man einen Strukturwandel.

Im Rheinischen Revier ist die Abhängigkeit von der Kohle nicht so groß wie behauptet. Dies habe ich durch meine Ausführungen zu den Beschäftigtenzahlen -denke ich- nachweisen können.

Eine mächtige Kohlelobby sorgt hier aber für andere Weisheiten. Nach RWE und verschiedener Akteure aus Politik und Wirtschaft, steht die Region vor dem Untergang, wenn man aus der Braunkohle aussteigt. Das ist natürlich grober Unfug.

Der weitaus größte Teil der Wertschöpfung in der Region ist nicht auf die Braunkohle zurückzuführen. Sondern auf andere Technologien und Dienstleistungen.

Trotzdem muss man Vorsorge treffen.

Bund, Land, Region und Kommunen und nicht zuletzt RWE, müssen Geld in die Hand nehmen, um Ersatzarbeitsplätze zu schaffen. Weniger für die z.Zt. Beschäftigten sondern für nachwachsende Generationen.

Ich nehme als Linker ungern das Wort Markt in den Mund, weil der Markt eben nicht alles regelt. Aber gerade auf dem Markt der alternativen Energiegewinnung und der Speichertechnologie sind die Möglichkeiten nahezu unbegrenzt.

Provokant gesagt: Wenn RWE die Sonne gehören würde, hätten wir schon längst für alle Energieproblem eine Lösung.

Unser Lösungsansatz für eine sozial-ökologische Wende ist zuerst einmal ein Kohleausstiegsgesetz.

Wir haben dazu im Bundestag schon verschiedene Anläufe gemacht, die bisher leider gescheitert sind. Unsere Vorschläge werden jedoch zunehmend von Anderen aufgegriffen. Allerdings müssen wir aktuell feststellen, dass durch die gerade installierte Bundesregierung in Sachen Kohleausstieg wahrscheinlich heftig auf die Bremse getreten wird. Klimaschutzziele werden von dieser Bundesregierung relativiert und zwar in dem Wissen, dass ohne Ausstieg aus der Braunkohle die bisher propagierten Ziele nicht erreicht werden. Die Kohlelobbytriumphiert.

Zugegebenermaßen wären wir hier bei Jamaika wahrscheinlich einen kleinen Schritt weiter.

Wir stellen uns einen verbindlichen Ausstiegs- bzw. Abschaltplan ähnlich dem Atomausstieg vor.

Der Ausstieg beginnt nach unserem Szenario sofort mit der planmäßigen Stilllegung von Kraftwerksblöcken auf der Basis von blockscharfen Restlaufzeiten bzw. Reststrommengen. Die ältesten Meiler werden sofort stillgelegt. Der letzte Meiler geht 2035 vom Netz. Das heißt 2035 ist der Ausstieg vollzogen. Der Neubau von Kohlekraftwerken und der Neuaufschluss von Tagebauen werden untersagt. Ganz wichtig: es werden keine Stilllegungsprämien für Kraftwerksblöcke gezahlt.

Der schrittweise Ausstieg ist arbeitsmarkt-, wirtschafts- und sozialpolitisch zu begleiten, wobei insbesondere Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter der Beschäftigten vor Ort und der Region wirksam einzubinden sind. Finanziell ist dieser Prozess durch einen „Strukturwandel fonds Kohleausstieg“ des Bundes in Höhe von 250 Millionen Euro jährlich abzusichern. Er wird für die infolge des Ausstiegs vom Strukturwandel betroffenen Beschäftigten und Regionen bereitgestellt.

Weitere Gelder müssen vom Land und von RWE kommen: z. B. durch einen von RWE finanzierten Fonds für die Ewigkeitslasten aus dem Braunkohleabbau, den es hier nicht gibt im Gegensatz zur Steinkohle.

Das Ganze ist in einem Gesetzesvorschlag formuliert. Den vollständigen Text kann ich hier nicht vorstellen, er ist zu lang. Man kann ihn gerne auf der Webseite unserer Bundestagfraktion nachlesen.

Wenn man diese Vorschläge umsetzen würde, hätte man das grundlegende Instrument für einen sozial-ökologischen Umbau.

Ich weiß, es gibt von verschiedenen Seiten kürzere, aber auch längere Szenarien. Es gibt die Forderungen des sofortigen Endes, bis 2030, 2040 oder 2045.

Dies kann und muss man alles diskutieren. Man muss nur endlich anfangen.

Und sicherlich muss man darüber nachdenken, ob unser Wirtschaften und unsere Lebensweise nicht auch verändert werden müssen. Augen zu und durch, wie es einige Kollegen auf Gewerkschaftsseite praktizieren, führt in die falsche Richtung.

Geld für einen Strukturwandel und einen sozial verträglichen Ausstieg aus der Braunkohle in Deutschland ist da, es muss nur in die richtigen Kanäle gelenkt werden.

Klar ist, dass man Strukturwandel nicht erreicht, wenn alle nur noch bei Amazon bestellen, schlecht bezahlt in Logistikzentren schuften, Waren sinnlos hin und her transportieren, alle nur noch „Dienstleister“ sind, aber niemand mehr produziert.

Aber auch die Art der Produktion muss überdacht werden.

Geht alles nur mit maximaler Profitorientierung, ohne Rücksicht auf Umwelt, Mensch und Tier? Bestimmt nicht.

Bedenken wir: Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.